

Protokoll

Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien 28.02.2019 (letzte Sitzung: 31.01.2019)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	13:04 Uhr	
Ende	14:28 Uhr	
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Anderl Präs Blauensteiner VP Kniezanrek VP Steinkellner VP Teiber VP Brantner Fetik Gruber Kubicek Ledwinka Rudolph Suchl Zweiler Pörtl Rasch Rösch Schütz Paiha	
Beratend	Klein Dir Aschauer-Nagl BL Bröthaler BL Kubitschek DirStv Kundtner DirStv Preiß BL Trenner BL	(entschuldigt) (entschuldigt)
Vom Büro	Fassler Mitterlehner Marcon (Betriebsrat) Mulley (Protokoll) Minassian (Betriebsrat) Schwarz (Protokoll)	(entschuldigt)

Tagesordnung

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 31.01.2019

2 Beschlüsse

- 2.1 Zuwendung nach § 6 AKG – Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes
- 2.2 Entsendung in den 69. Lehrgang der Sozialakademie
- 2.3 Änderung in den Ausschüssen
- 2.4 Änderungen in den Fachausschüssen

3 Berichte

3.1 Bericht der Präsidentin - Anderl

3.2 Bericht des Direktors – Klein

- 3.2.1 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Beratungszahlen AK Wien 2018
- 3.3.2 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 Zukunftsprogramm: Bildungsnavi – Bildungswegberatung
- 3.4.2 Zukunftsprogramm: AK Digi-Winner & AK Digi-Bonus
- 3.4.3 Neuer Fachhochschul-Plan: Ausbau der Studienplätze viel zu gering
- 3.4.4 Wiener Budgetvoranschlag 2019
- 3.4.5 Wohnbau Offensive 2018 - 2020
- 3.4.6 Konsumentenberatung – AK Wien-Bilanz 2018
- 3.4.7 Praxistest Kryptowährungen
- 3.4.8 Aktueller Bericht

3.5 Information – Bröthaler

- 3.5.1 AK Unternehmensradar: Unternehmen wirtschaftlich gut aufgestellt
- 3.5.2 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Jänner 2019
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Jänner 2019
- 3.6.3 Online Umfrage zu Kind & Job
- 3.6.4 „Tag der pflegenden Angehörigen“ am 31.01.2019
- 3.6.5 Veranstaltungen
- 3.6.6 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Vermögensverteilung (HFCS 2017 der OeNB)
- 3.7.2 EU-US-Handelsbeziehungen – Mandate für Zoll- und Konformitätsbewertungsabkommen
- 3.7.3 Vergleich europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
- 3.7.4 Verbesserung der KundenInnen-Information bei Bahnbaustellen
- 3.7.5 Aktueller Bericht

3.8 Zentrales – Preiß

- 3.8.1 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Anderl begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 28.02.2019 wird genehmigt.
→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 31.01.2019

Anderl ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 31.01.2019-

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 31.01.2019 wird genehmigt.
→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Zuwendung nach § 6 AKG

Auf Frage von **Rasch** erklären **Anderl** und **Teiber**, dass der 14. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB/ETUC) von 21. bis 24. Mai unter dem Motto „Ein faireres Europa für ArbeitnehmerInnen!“ in der Messe Wien stattfindet. Die österreichischen Delegierten stehen noch nicht fest. **Bröthaler** ergänzt, dass es einen Stand der AK geben wird, auf dem international relevante Studien sowie Informationen über die Sozialpartnerschaft in verschiedenen Sprachen aufgelegt werden.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Zuwendung nach § 6 AKG für das Jahr 2019:

Nr	Antragsteller / Zweck	gefördert 2013	neuer Antrag 2019	Beschluss
1	ÖGB (Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 21.-24. Mai 2019)	€ 15.000,00	€ 17.000,00	€17.000,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input type="checkbox"/>		Mehrstimmig <input checked="" type="checkbox"/> Gegen FA
				Ablehnung <input type="checkbox"/>

2.2 Entsendung in den 69. Lehrgang der Sozialakademie

Aufgrund der Ergebnisse der Aufnahmegespräche werden folgende Kolleginnen und Kollegen als TeilnehmerInnen für den 69. Lehrgang der SOZAK nominiert:

Name	Firma	Funktion	Gewerkschaft.
Michael Frenzel	Österreichisches Rotes Kreuz	BRV-Stv.	GPA-djp
Karin Stanger	IGA – Institut zur Entwicklung gesellschaftspol. Alternativen	Pol. Sekretärin	GPA-djp
Markus Amon	Siemens AG Österreich	BR	PRO-GE
Christina Höferl	GPA-djp	Sekretärin	GPA-djp
Karmen Minassian	AK Wien	BRV-Stv.	GÖD
Gerald Penz	MA 67 – Innendienst	Personalvertreter	youunion
Petra Prammer	ÖBB-Produktion GmbH	BRV-Stv.	vida
Michaela Weisgram	Göttlicher Heiland	BRV-Stv.	vida

Beschluss:

Der Vorstand beschließt die Nominierung der aufgelisteten Kolleginnen und Kollegen als TeilnehmerInnen für den 69. Lehrgang der Sozialakademie

→ mehrstimmig angenommen – gegen FA

2.3 Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 4

**Arbeitsmarktangelegenheiten und
Integration**

neues Mitglied und AVorsStv

Ochs Werner

FSG

anstelle: Berger Gabriele

Ausschuss 5

EU und Internationales

neues Mitglied

Ochs Werner

FSG

anstelle: Berger Gabriele

Ausschuss 8

Frauen- und Familienpolitik

neues Mitglied

Ochs Werner

FSG

anstelle: Albert Beate

→ einstimmig angenommen

2.4 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Bewachung und Sicherheit (Gew.VIDA)

Mitglied neu

LÖSCHL Mag. Patricia

Mitglied ausgeschieden

SCHÜSTERL Sandra

FA Heime und Internate (Gew.VIDA)

Ersatzmitglied neu

GELBMANN Walter

FA Friseur-, Kosmetiker-, FußpflegerInnen (Gew.VIDA)

Mitglied-Kassier neu

MAGGALÉ Robert

Mitglied-Kassier ausgeschieden

SCHRÖDING Barbara

FA Sanitär-, Heizung und Lüftungstechnik (Gew.PRO-GE)

Mitglied neu

ÜBLAUER Ernst (vorm.Ersatz)

Mitglied ausgeschieden

SCHNEEBERGER Bernhard

Ersatzmitglied neu

TRAXLER Kevin

Ersatzmitglied ausgeschieden

ÜBLAUER Ernst (jetzt Mitglied)

FA Kälte und Klimaanlage-technik (Gew.PRO-GE)

Ersatzmitglied neu

BIJELJINAC Semija

FA Elektrotechniker, Gürtler u. Graveure (Gew.PRO-GE)

Ersatzmitglied ausgeschieden

TRANKER Karl

FA Metall- und Orthopädietechnik (Gew.PRO-GE)

Ersatzmitglied neu

ZIZKA Thomas

FA Gesundheitsberufe (Gew. übergreifend)

Mitglied neu

MJKA Gerald

PRETEREBNER Karl (vorm.EM)

SCHIDRICH Elisabeth (vorm.EM)

Mitglied ausgeschieden

STEINKELLNER Willibald

MÜLLER Tamara

TRATTNIG Michaela

Ersatzmitglieder neu

PLAUKOVITS Christian

Ersatzmitglieder ausgeschieden

WERHONNIG Ulrike

RICHTER Katharina

KEGELREITER-MALENINSKY Gabriela

PRETEREBNER Karl (jetzt Mitgl.)

SCHIDRICH Elisabeth (jetzt Mitgl.)

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht der Präsidentin – Anderl

Eingangs kritisiert **Anderl** die von der Regierung beschlossene "Karfreitagsregelung", mit der 300.000 ArbeitnehmerInnen einen Feiertag verlieren. Zudem geht der persönliche Feiertag auf Kosten eines Urlaubstags. Es gibt also nicht mehr Freizeit für die ArbeitnehmerInnen. Die Regierung hat bei der Entscheidung den Interessen der Unternehmer und Industrie den Vorrang gegeben und nicht mit den Sozialpartnern gesprochen. Damit ist der Karfreitag, nach dem 12-Stunden-Tag, die nächste Arbeitszeit-Verlängerung der Regierung. Leider haben sich die Regierungsparteien angesichts des rechtlichen Gebots, alle ArbeitnehmerInnen gleich zu behandeln, nicht für die in Österreich bisher übliche „Angleichung nach oben“ (Feiertag für alle), sondern für die „Angleichung nach unten“ entschieden: Feiertag für keinen. Die Regelung des „persönlichen Feiertags“ aus dem Urlaubstage-Kontingent wird aufgrund mangelnder rechtlicher Qualität und vieler nicht bedachter Fragen in der Praxis aller Voraussicht nach zu Problemen in den Betrieben führen. Mit der jetzigen Regelung bekommen die Unternehmen ein Körbergeld von rund 30 Millionen Euro jährlich.

Anderl findet es zwar „toll“, dass der Vizekanzler Strache ein Papamonat genommen hat, versteht jedoch nicht, dass es keine Unterstützung in der Bundesregierung gibt einen Rechtsanspruch für ein Papamonat für alle Beschäftigten in der Privatwirtschaft einzuführen.

Weiters macht die Präsidentin darauf aufmerksam, dass durch die Pläne der Regierung für die Rot-Weiß-Rot-Card der österreichische Arbeitsmarkt, die Beschäftigten und das bestehende Lohnniveau enorm belastet werden. Die Senkung der bisherigen Gehaltsgrenzen bei den „sonstigen Schlüsselkräften“ öffnet Tür und Tor für Lohndumping. Das werden vor allem die DurchschnittsverdienerInnen zu spüren bekommen. Im selben Atemzug streicht die Regierung dem AMS die Mittel für die Fachkräfteausbildung. Vor allem junge Menschen werden damit um ihre Chance auf eine hochwertige Ausbildung gebracht. Das zeigt, dass es der Regierung nicht darum geht, qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, sondern um einen Negativ-Wettbewerb der Niedriglöhne, denn die neue Einkommensgrenze der Rot-Weiß-Rot-Card von rund 2.000 Euro brutto für unter 30-Jährige bedeutet ein Monatsnetto von 1.480 Euro, davor waren es noch 1.800 Euro. Damit ist dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet.

Kritisch ist für **Anderl** auch, dass die Sozialministerin die seit 2006 existierende Zielvorgabe von 50% der Arbeitsmarktförderung für Frauen gestrichen hat. Damit ist zu befürchten, dass nicht mehr ausreichende finanzielle Förderungen für arbeitssuchende Frauen vorhanden sind.

Am 27. Februar 2019 konnte der "Frauen.Management.Report" der Presse präsentiert werden. Seit 1. Jänner 2018 gilt in Österreich eine verbindliche Quote für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in Aufsichtsratsgremien. Wie jedes Jahr hat die AK Wien den Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten und in den Geschäftsführungen untersucht. Zentrales erfreuliches Ergebnis ist, dass nach Jahren der Stagnation bzw. sogar des Rückgangs sich seit Einführung der gesetzlichen Quote eine deutliche Aufwärtstendenz in den Kontrollgremien der Unternehmen zeigt.

Am 19. Februar 2019 präsentierte **Anderl** eine Untersuchung, über die Ganztagsangebote für VolksschülerInnen in Wien. Die Arbeiterkammer hat untersuchen lassen, welche Angebote die Wiener Familien für VolksschülerInnen nutzen können und wovon sie noch mehr brauchen. Die AK fordert beitragsfreie Ganztagschulen und wendet sich gegen eine Kürzung der jährlichen Bundesmittel für den Ausbau der Ganztagschulen durch eine Streckung der Ausgaben bis 2032. Auch die Art der Finanzierung sollte umgestellt werden, denn derzeit gibt es nur eine Anschubfinanzierung für die Einrichtung der Ganztagschulen. Aber die Schulen müssen bekanntlich auch betrieben werden, mit dem Hinstellen und Aufsperrn ist es nicht getan.

Weiters verweist die Präsidentin auf die Pressekonferenz vom 6. Februar 2019, in welcher eine Umfrage unter rund 500 Wienern bis 35 Jahre bezüglich ihrer Wohnungssituation präsentiert wurde. Diese zeigte, dass es für 60% der TeilnehmerInnen schwierig ist, eine passende Wohnung zu finden. 84% der

Befragten nannten hohe Mietpreise als Grund für die Probleme bei der Wohnungssuche. 36% führten außerdem die schlechte Qualität der Objekte an, 34% ärgerten sich über die aus ihrer Sicht zu teuren Maklerprovisionen. Wohnen ist somit ein Luxus geworden, den sich viele nicht mehr leisten können. Es ist deshalb ganz dringend nötig, im Mietbereich gesetzliche Reparaturen vorzunehmen. Bekanntlich hat die AK einen Fünf-Punkte-Plan, der unter anderem einen "Wohnbonus" vorsieht. Dabei sollen zehn Prozent der Wohnkosten und maximal 500 Euro von der Lohn- bzw. Einkommenssteuer abgesetzt werden können. Besserverdiener würden ausgenommen. Außerdem sollen Befristungen nur noch bei Eigenbedarf erlaubt sein und das Dickicht an Zu- und Abschlägen gelichtet werden. Die AK will außerdem, dass die Maklerkosten künftig allein vom Auftraggeber - also in der Regel vom Vermieter - übernommen werden und Eigentümer bei zu hohen Mieten das Doppelte des rechtswidrig verlangten Betrags zurückzahlen müssen. Zwecks Beratung zum Thema Miet- und Wohnrecht geht ab Mitte Februar 2019 eine neue AK-Hotline in Betrieb.

Anderl spricht des Weiteren die Causa "Statistik Austria" an und fordert, dass die Unabhängigkeit der Statistik Austria gewahrt bleiben muss. Es ist wichtig, dass Daten unvoreingenommen gesammelt werden können und ungefiltert öffentlich zugänglich gemacht werden. Es geht nicht an, dass für ArbeitnehmerInnen wichtige Umfragen auf Regierungsgeheiß abgesagt werden. Im Übrigen kritisiert die Präsidentin vehement, dass immer wieder Gesetzesvorlagen ohne Begutachtung in das Parlament eingebracht werden, wie zum Beispiel jene über die E-card mit Foto.

Abschließend dankt die Präsidentin allen zuständigen Gewerkschaften in der Sozialwirtschaft für den positiven Kollektivvertragsabschluss mit plus 3,2%. Denn es ist sehr wichtig diese Berufe attraktiver zu gestalten, dass sich mehr junge Menschen in Zukunft auch entscheiden, diese Berufe zu wählen. Es braucht deshalb bessere Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnungen.

An den Bericht der Präsidentin schließt sich eine, zum Teil emotional geführte, Diskussion, in der **Rösch** die Meinung vertritt, dass wenn es zu einem zusätzlichen Feiertag für alle gekommen wäre, die von ihm und der AK gewünschte sechste Urlaubswoche speziell für Ältere in noch weiterer Ferne gerückt wäre.

Ledwinka macht auf die arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben der Bundesministerin aufmerksam, findet es schockierend, dass die Zielvorgabe von 50% der Arbeitsmarktförderung für Frauen gestrichen wurde, kritisiert, dass die überbetriebliche Ausbildung reduziert werden soll und findet es in Hinblick auf das Ansteigen der Arbeitslosigkeit bei der Generation 50+ einmal mehr als völlig kontraproduktiv, dass die „Aktion 20.000“ von der Bundesregierung gestrichen wurde. Sie hinterfragt das Vorgehen der Bundesregierung mit den in Lehre befindlichen 600 jugendlichen AsylwerberInnen: Letztere sollen in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden, jedoch gleichzeitig sollen durch die Rot-Weiß-Rot-Card mehr ArbeitnehmerInnen aus Drittstaaten nach Österreich kommen. Das passt alles nicht zusammen. Vielleicht müsste die Bundesregierung einmal begreifen, dass Österreich im Ausland nun nicht mehr so attraktiv gesehen wird. Im Übrigen sieht sie es als sehr traurig an, dass trotz des Abkühlen der Konjunktur in den Zielvorhaben von Bundesministerin Hartinger-Klein für das AMS keine budgetäre Vorsorge für einen Anstieg der Arbeitslosigkeit getroffen wurde. **Paiha** fehlt eine Positionierung der AK zur von der Bundesregierung vorgeschlagene Sicherungshaft, gegen die man sich massiv zur Wehr setzen müsse. Denn man kann nicht Menschen nur auf Verdacht hin einsperren, wobei der Verdacht, dass diese vielleicht einmal etwas anstellen könnten, nicht einmal durch einen Richter vor Ort, sondern durch einen Beamten entschieden werden soll. Des Weiteren melden sich noch **Brandtner**, **Zeiler**, **Teiber** und **Kniezarek** zu Wort, die **Rösch** vorwerfen, dass er nur das Handeln der Bundesregierung verteidigt und hier nicht als ArbeitnehmerInnenvertreter spricht. **Rösch** betont jedoch, dass er sich das Recht herausnehme seine eigene Meinung zu formulieren. Er hätte sich gewünscht, dass die frühere Karfreitagsregelung geblieben wäre. Nach dem Gerichtsentscheid, dem zu folgen ist, war es klar, dass die Bundesregierung eine Entscheidung treffen musste, die jetzt auch einmal zur Kenntnis zu nehmen ist. Damit ist aber auch die sechste Urlaubswoche näher gerückt, denn diese ist ihm wichtiger als ein weiterer freier Tag für alle. **Anderl** betont, dass es kein guter Stil der Bundesregierung ist, Gesetze ohne Begutachtungsmöglichkeit in das Parlament zu bringen. Das muss kritisiert werden. Denn es hätte einen

guten Kompromiss gegeben, wenn sich alle an einen Tisch gesetzt hätten. Doch genau das wollte die Bundesregierung nicht. Zu **Paiha** meint die Präsidentin, dass sie auch gegen die Schubhaft ist, jedoch vorderhand die sehr erregte mediale Diskussion abwartet, zumal auch noch nichts Konkretes am Tisch liegt.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen!**

3.2 Bericht des Direktors – Klein

Im Rahmen des jährlichen wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozesses auf europäischer Ebene („Europäisches Semester“) werden ein Jahreswachstumsbericht (JWB) mit den kurzfristigen Prioritäten, eine Bewertung der Budgetpläne der Mitgliedstaaten, ein Warnmechanismusbericht zum Aufspüren makroökonomischer Ungleichgewichte, ein Beschäftigungsbericht inklusive der Schlüsselindikatoren des sozialen Scoreboards, sowie Empfehlungen des Rates zur Wirtschaftspolitik der Eurozone erstellt. Interessant ist nun - wie **Klein** ausführt - dass, wie der letzte aktuelle Bericht der EU Kommission zeigt, der Kommission das Zurückdrängen der Sozialpartnerschaft in Österreich kritisch aufgefallen ist. Die Kommission stellt fest, dass die Sozialpartnerschaft bisher ein Erfolgsrezept war, das dem Standort genützt hat, und ist nun erstaunt, dass die Einbindung der ArbeitnehmerInnenseite zurückgedrängt wird.

Klein erinnert, dass die Gremienplattform, über die die Vorstandsmitglieder die Unterlagen bekommen, seit geraumer Zeit bereits tadellos funktioniert. Es wird nun ein weiterer Schritt gemacht: Bisher wurden die Einladungen postalisch versandt, ab dem nächsten Wiener Vorstand im März werden auch die Einladungen über die Gremienplattform abrufbar sein bzw. zugestellt werden. Für den Vorstand im März werden die Einladungen parallel auch noch, wie gewohnt, mit der Post zugestellt. Ab den darauffolgenden Vorständen werden die Einladungen nur noch über die Gremienplattform abrufbar sein. Es wird, wie bei der Unterlagenbereitstellung, ein Mail mit der Info ausgesendet, dass die Einladung zur Vorstandssitzung ab sofort – über den mitgeschickten Link - zum Download bereitsteht. Außerdem steht selbstverständlich weiterhin auch die Vorabplanung für das ganze Kalenderjahr zur Verfügung.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.3 Beratung – Trenner

Trenner verweist auf die selbsterklärende schriftliche Unterlage über die Beratungszahlen aus seinem Bereich.

➔ **Der schriftlich vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl berichtet eingangs über die zwei wichtigen im Rahmen des Zukunftsprogramms vom Bildungsbereich abzuwickelnden Vorhaben: Fast 300.000 junge Menschen unter 35 Jahren in Österreich haben ihren ersten weiteren Bildungsweg gleich mit fünfzehn oder kurz danach abgebrochen – und nur etwa 12.000 sind wieder in eine Lehre oder eine Schule zurückgekehrt. Dagegen fordert die Arbeiterkammer mehr und bessere Berufsorientierung in der Schule, und sie ergreift selbst die Zukunftsinitiative. Im Rahmen des neuen Programms "AK Bildungs-Navi" wird die Arbeiterkammer Wien ab 1. Februar 2019 persönliche Bildungsberatung für Jugendliche und ihre Eltern anbieten. Mit diesem

Programm wird die Arbeiterkammer Wien eine große Lücke schließen: Jugendliche bekommen derzeit so gut wie gar keine persönliche Bildungsberatung in der Schule, die genau von ihren persönlichen Bedürfnissen ausgeht. Das wird die AK Wien jetzt ändern.

Das zweite Vorhaben im Rahmen des Zukunftsprogramms betrifft die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Bereich Digitalisierung. AK und Stadt Wien haben gemeinsam ein spezielles Angebot für AK-Mitglieder ins Leben gerufen. Mit dem „Digi-Winner“ fördern Arbeiterkammer Wien und der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) Wiener ArbeitnehmerInnen, die sich für die heutige und künftige Arbeitswelt mit digitalen Kompetenzen gut rüsten wollen, bei ihrer beruflichen Aus- und Weiterbildung. Alleine heuer können 3.000 AK-Mitglieder von der neuen Förderung für den Erwerb digitaler Kompetenzen profitieren – AK und Stadt Wien stellen dafür gemeinsam 5 Millionen Euro bereit. Noch einmal eine halbe Million Euro stellt die AK für AK Wien-Mitglieder bereit, die nach Wien einpendeln. Den „Digi-Winner“ gibt es für alle WienerInnen, die AK-Mitglied sind - bis zu €5.000,00 - an Förderung für die berufliche Weiterbildung im Bereich Digitalisierung können in Anspruch genommen werden. Je nach Einkommen – die Obergrenze liegt bei €2.500,00 netto im Monat - können 40 bis 80% der Kurskosten gefördert werden. Das neue Programm, das von einer Informationskampagne unter dem Motto „Mein Job wird digitaler – Ich auch“ begleitet wird, startete am 1. Februar 2019. Des weiteren wurde von der AK in Anlehnung an den „traditionellen“ AK Bildungsgutschein, ein zusätzliches Förderinstrument entwickelt, ebenfalls in Höhe von 120 Euro: der „Digi-Bonus“. Die Förderschwerpunkte orientieren sich an den digitalen Kompetenzen auf Basis des europäischen Referenzrahmens. Der „Digi-Bonus“ gilt nur für jene Kurse, welche die berufliche Aus- und Weiterbildung im Bereich „digitale Kompetenzen“ betreffen. Mit dieser Initiative wird der AK Bildungsgutschein „verdoppelt“: Gutschein und Bonus gemeinsam reduzieren die Kurs-Kosten um bis zu € 240,00 (ArbeitnehmerInnen in Karenz bekommen noch einmal 50 Euro plus). Alle drei AK-Förderinstrumente – „Digi-Winner“, Bildungsgutschein und „Digi-Bonus“ - können miteinander kombiniert werden!

Die Bereichsleiterin informiert, dass der neue Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplan 2018/19 - 2022/23 am 23. Jänner 2019 dem Ministerrat zur Kenntnis gebracht wurde. Damit herrscht wieder Planungssicherheit, da der letzte FH-Plan, der allerdings nirgends legislativ verankert ist, 2017/18 ausgelaufen ist. Die AK begrüßt das Schaffen einer Planungssicherheit sowie den Ausbau des Fachhochschulsektors. Der weitere Ausbau von bundesfinanzierten Studienplätzen ist jedoch nur in sehr bescheidenem Ausmaß geplant und entspricht keineswegs der von der AK geforderten FH-Offensive für mehr Studienchancen für ArbeitnehmerInnen und deren Kinder.

Eingehend auf Kommunales macht **Aschauer-Nagl** auf die ausführliche schriftlich vorliegende Analyse zum Wiener Budgetvoranschlag 2019 und insbesondere auf die sich daraus ergebenden Forderungen der AK aufmerksam. Die Bereichsleiterin erinnert, dass aufgrund des starken Bevölkerungswachstums die Stadt Wien bereits im Jahr 2015 die erste Wohnoffensive mit einer Laufzeit von 2016-2018 beschlossen hat. Ziel der Wohnbau-Offensive war es - abgestimmt auf die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung - eine deutliche Steigerung des Neubauvolumens zu erreichen. Die erste Wohnbauoffensive umfasst ein Maßnahmenbündel zur Optimierung, Beschleunigung und Steigerung der Effizienz in den Planungs- und Entwicklungsschritten. Das Modell der Wohnbauoffensive wird nun auch künftig fortgesetzt. Bis 2020 sollen im Rahmen der 2. Wohnbauoffensive 2018-2020 weitere 18 Bauträgerwettbewerbe für insgesamt 14.000 geförderte Wohnungen abgewickelt werden.

Für den Arbeitsbereich "Konsumentenschutz" präsentiert **Aschauer-Nagl** die Statistik der Abteilung Konsumentenpolitik für das Jahr 2018. Insgesamt wurden 40.361 Beratungen durchgeführt. Davon waren 35.779 telefonische und 765 persönliche Beratungen. Ferner wurden 3.817 schriftliche Anfragen beantwortet. In 370 Fällen sind außergerichtliche Interventionen bei den Unternehmen durchgeführt worden, wobei rund € 180.730 für die KonsumentInnen herausgeholt werden konnten. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Beratungsrückgang von 0,8% zu verzeichnen. Ein Zuwachs war zwar für die telefonische Beratung zu verzeichnen, nicht aber für die schriftliche und persönliche Beratung. Abschließend

berichtet die Bereichsleiterin von einem AK-Praxistest, in dem verschiedene Kryptowährungen mit verhältnismäßig kleinen Beträgen in Verkaufsstellen wie Post, Trafiken oder Stores, an Behebungsautomaten sowie auf fünf Online-Plattformen tatsächlich erworben und kurze Zeit danach wieder in Euro getauscht wurden. In Summe betrug der Kaufeinsatz 900 Euro. Die Ergebnisse der Studie sind ernüchternd: Es zeigte sich vor allem, dass es bei den Kauf- und Verkaufstransaktionen an Transparenz mangelt.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler macht auf den als Broschüre verteilten "AK Unternehmensradar" aufmerksam. Er dient einer Schnelleinschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der größten Unternehmen Österreichs. Insgesamt wurden 700 Jahresabschlüsse für 2017 einer Analyse unterzogen. In diesen Unternehmen, die zusammen einen Umsatz von 210 Milliarden Euro erzielt haben, sind mit 562.000 ArbeitnehmerInnen fast ein Sechstel aller Erwerbstätigen beschäftigt. Das Ergebnis des Unternehmensradars zeigt, dass die österreichischen Schlüsselunternehmen wirtschaftlich sehr gut aufgestellt sind. So hat sich etwa die Ertragslage weiter verbessert, im Schnitt liegt die EBIT-Marge bei 5,5%, bei einem Viertel der untersuchten Unternehmen sogar bei mehr als 7,1%. Als solide erweist sich zudem die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen: Bezogen auf die 2017er Bilanzen liegt der Liquiditätsgrad bei sehr guten 115,4%. Sollte es also – wider Erwarten – aufgrund einer Krise zu finanziellen Engpässen kommen, sind die Betriebe gut gerüstet, um diese kurzfristig zu überbrücken. Aus Sicht der AK erfreulich stellt sich die Entwicklung der Investitionen dar. Die durchschnittliche Investitionsneigung liegt bei 151% und damit deutlich über den Wertminderungen der Anlagen wie etwa Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge etc. Weniger erfreulich ist für die AK die betriebliche Verteilungspraxis. Denn die GesellschafterInnen der Unternehmen können sich nicht nur über zweistellige Renditen freuen, sie werden auch mit kräftigen Dividendenzahlungen belohnt. Zwar ist die Ausschüttungsquote im Verhältnis zu den erzielten Gewinnen 2017 leicht zurückgegangen, mit 75,4% ist sie aber immer noch in einem hohen Bereich angesiedelt. Leider konnten die Löhne und Gehälter mit der guten Gewinnentwicklung nicht Schritt halten. Denn die sogenannte Ausschüttungstangente (Verhältnis von Löhnen und Gehältern zu den Ausschüttungen) ist auf 39,8% gestiegen, das heißt, dass fast 40% der Lohn- und Gehaltssumme an Dividenden und Ergebnisabfuhren ausbezahlt wurden.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner (entschuldigt)

Die Präsidentin entschuldigt **Kundtner** und verweist auf die schriftlich vorliegenden Berichte aus dem Bereich Soziales.

Paiha erinnert, dass sie bei der letzten Vorstandssitzung kurz angemerkt hat, dass die Unterlage zum AMS Budget schon einmal vorgelegen ist und sie wollte nun nachfragen, ob das korrekt so sein sollte oder ob da die falsche Unterlage eingelangt ist? **Anderl** wird die Frage an **Kundtner** weiterleiten.

→ Die schriftlich vorliegenden Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek (entschuldigt)

Die Präsidentin entschuldigt **Kubitschek** und verweist auf die schriftlich vorliegenden Berichte aus dem Bereich Wirtschaft.

→ Die schriftlich vorliegenden Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.8 Zentrales – Preiß

Preiß informiert, dass man sich entschlossen habe, für die Erbringung von laufend notwendigen Bauleistungen in den nächsten 4 Jahren Rahmenvereinbarungen mit 5 Handwerksbetrieben abzuschließen. Dies deshalb, weil sich Auftragssummen sehr schnell auf über 100.000 Euro summieren, sodass immer wieder aufwändige Ausschreibungen notwendig wären. Zudem sehen die internen Vergaberichtlinien auch bei darunterliegenden Summen die Einholung mehrerer Angebote vor. Um diese aufwändigen Ausschreibungen für Einzelaufträge zu vermeiden, sind nun für die Bereiche Elektro, Schlosser, Baumeister, Installationen und Trockenbau Rahmenvereinbarungen formuliert worden. Ein Vergaberechts-Spezialist habe den Prozess begleitet, soziale Kriterien sind in die Rahmenvereinbarungen eingeflossen, z.B. die Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen über 55, die Ausbildung von Lehrlingen und das Vorhandensein eines Betriebsrates. Bis Mitte des Jahres werden nun basierend auf diesen Mustern für die Rahmenvereinbarungen fünf entsprechende Betriebe gesucht.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

Rösch fragt was die Inserate zur Wahl mit dem Foto der Präsidentin kosten? **Mitterlehner** gibt bekannt, dass es derartige Inserate nicht gibt. Die Wahlinformationskampagne ist ohne Konterfei der Präsidentin. **Anderl** betont, dass sie keinen Einfluss darauf hat, wenn ihre Abbildung zu einem redaktionellen Artikel gebracht wird. Im letzten Vorstand wurde über die Wahlinformationskampagne berichtet und an Hand einer ppt-Präsentation gezeigt, dass sie nicht auf den Inseraten abgebildet wird. *[Mitterlehner lässt nachträglich auf die Frage von Rösch protokollieren, dass die Inserate der Wahlinformationskampagne der AK Wien im Zeitraum von 25. Februar bis 25. März 2019 geschaltet werden, die Kosten dafür betragen rund 450.000 Euro brutto. Dazu kommen noch Kosten für Fernseh-, Radio- und Online-Schaltungen in der Höhe von rund 200.000 Euro brutto.]*

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Anderl** mit Verweis auf die nächste Vorstandssitzung am 28.03.2019 die Sitzung um 14:28 Uhr mit einem herzlichen „Glück auf!“.

Die Präsidentin

Der Direktor

Protokoll